

Antrag

der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Thema: **Kita-Moratorium zur Sicherung der „demografischen Rendite“**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Kindertageseinrichtungen sind Orte der Bildung und Erziehung. Dort erwerben Kinder basale Kompetenzen und Fähigkeiten, die für einen erfolgreichen Start in die Grundschule unerlässlich sind. Zusätzlich gewährleisten sie durch ihr Betreuungsangebot die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Freistaat Sachsen hat in den vergangenen zehn Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um jedem Kind einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen, dessen Eltern es wünschen.
2. Der Sächsische Landtag hat mit dem Beschluss des Doppelhaushalts 2023/24 bekräftigt: „Auch künftig wird der Freistaat Sachsen bei der Weiterentwicklung der Kita-Finanzierung den Schwerpunkt auf die Personalausstattung der Kindertageseinrichtungen legen, um so die Qualität der frühkindlichen Bildung weiter zu stärken.“ (Drs 7/11845)
3. Mit der Novellierung des Sächsischen Gesetzes zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege (SächsKitaG) im Jahr 2023 wurde der jährliche Landeszuschuss zur Förderung der Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Kita-Pauschale) substantiell erhöht, um einerseits Maßnahmen der Qualitätsverbesserung zu finanzieren und andererseits die sächsischen Gemeinden angesichts der allgemeinen Kostenentwicklung spürbar zu entlasten. Dafür sind im Haushaltsjahr 2024 bei 05 20/633 81 Mittel von insgesamt 920,2 Millionen Euro für entsprechende Ausgaben veranschlagt.

Dresden, den 16. September 2024

b.w.

Unterzeichnet von: Christian
Hartmann
Datum: 16.09.2024

Unterzeichnet von: i.V.
Valentin Lippmann
Datum: 16.09.2024

Unterzeichnet von: Dirk Panter
Datum: Montag, 16. September.2024

Christian Hartmann, MdL
und Fraktion

Franziska Schubert, MdL
und Fraktion

Dirk Panter, MdL
und Fraktion

4. Gemäß § 18 Absatz 1 SächsKitaG wird der jährliche Landeszuschuss als gesetzlich verankerter Pauschalbetrag je aufgenommenem Kind, berechnet auf eine tägliche neunstündige Betreuungszeit, gezahlt. Steigt die Zahl der aufgenommenen Kinder, erhöht sich die Gesamtsumme der verausgabten Mittel; sinkt deren Zahl, werden entsprechend weniger Ausgaben getätigt. Dieser Finanzierungsmechanismus führt dazu, dass den Gemeinden als Träger der Kindertagesbetreuung in Folge sinkender Kinderzahlen künftig weniger Landesmittel zufließen. Damit pädagogisches Personal für die qualitative und inhaltliche Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung im Freistaat Sachsen durch die Träger der frühkindlichen Bildung bis auf Weiteres gehalten werden kann, sollen die finanziellen Mittel des Landes zur Förderung der Kindertagesbetreuung im Haushaltsjahr 2025 unbeschadet sinkender Kinderzahlen vorerst auf dem Niveau des Haushaltsansatzes des Jahres 2024 fortgeschrieben werden („Kita-Moratorium“).

II. Der 8. Sächsische Landtag und die Staatsregierung werden gebeten,

1. im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2025/2026 für die Förderung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege im Jahr 2025 im Sinne eines „Kita-Moratoriums“ die Mittel des Jahres 2024 zunächst auf gleichem Niveau fortzuschreiben und im Zuge der vorläufigen Haushaltsführung bis zum Beschluss des Doppelhaushalts 2025/2026 eine entsprechende Bewirtschaftung sicherzustellen.
2. einen Verfahrensvorschlag für die Finanzierung und Verteilung der Mittel für diese zusätzliche Personalressource zu entwickeln.
3. mit Blick auf die Sicherung wohnortnaher Kindertagesbetreuung insbesondere im ländlichen Raum die Kindertagespflege als wertvolles familiennahes Betreuungsangebot zu stärken und weiterzuentwickeln.

Begründung:

Mit dem Beschluss des Antrags soll der Landeszuschuss zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung im Jahr 2025 trotz sinkender Kinderzahlen auf dem Niveau des Jahres 2024 gesichert werden.

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung richtet sich nach dem derzeit gültigen Personalschlüssel, der keinen oder kaum Spielraum für zusätzliches Personal vorsieht. Die Träger, insbesondere die Kommunen, sollen durch das „Kita-Moratorium“ im Jahr 2025 in die Lage versetzt werden, ihren Personalbestand trotz rückläufiger Kinderzahlen zu stabilisieren. Voraussetzung ist, dass die Kommunen das pädagogische Fachpersonal bis zur Fortschreibung des Sächsischen Bildungsplanes sowie den erforderlichen Anpassungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, zumindest anteilig, weiterbeschäftigen.